

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementssatz durch die Post bezogen
vierteljährlich 1.50 M. Zusatzentwurf die Gewalt, Kolonie für Arbeit,
einschließlich 75 M., Gewichts- und Arbeitsanlagen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-
Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsführer: Duisburg, Stapelstr. 17. Telefon 3888-87
Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Aufdrüsten und Abonne-
mentschleifungen sind an die Geschäftsführer zu richten.

Alleinige Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 52.

Duisburg, den 27. Dezember 1919.

20. Jahrgang

Christentum und sozialer Friede.

Bam zweitenmal erklangen die Weihnachtsglocken über die Erde, seit die Geschichts-ausführten zu donnern und seitdem das deutsche Heer in die Heimat gezogen ist. In dem Herzen eines jeden stand das Wort „Friede“; endlich wieder Freude, Weihnacht im Gedanken nach vier langen, bitteren, furchtbaren Kriegsjahren.

Friede?

Wir stehen weiter vom Frieden ab als vorher, jeder Tag bringt eine neue Knechtung, jede Woche eine neue Demütigung. Nach schmackhaften 400 000 unserer wackeren Soldaten im Kriegerland und wissen nicht, wann ihre Erlösungskunde schlägt.

Wir haben den Frieden nicht drausen, aber, was noch folgen könnte ist, wir stehen dem Frieden im Land genau so fern, vielleicht noch fernere als es vor dem Kriegsbeginn war, wir wollen hier nicht die Sünden der Parteien und der Stände aufzählen, wir selbst stehen nicht frei da von den Sünden.

Wir müssen uns nach Orientierungsmomenten, nach Voraussetzungen umsehen, nach denen wir uns richten können in der Nacht, in der wir uns befinden.

Da steht als der ewige Pol in der Flucht vor Zeit
das Christentum als der soziale Faktor.

Unser Main, der Zusammenbruch der Volkskräfte und unseres Gesellschaftslebens wurde die Autonomie, die Alleinherrschaft der Wirtschaftsgegenseite, der wirtschaftlichen Normen, welchen gegenüber den sittlichen Gegebenheiten eine Idee, die praktisch und theoretisch genommen ihren Triumphzug durch die Staatenstaaten gehalten hat. Weil sie bei uns zerstörender, furchtbare wirkte, als in England, Frankreich oder Amerika, war die Tatsache, daß wir in einem Zeitraum von kaum 40 Jahren aus einem Volk, das fast nur mit gefülligen Fässern überfüllte, Bevölkerungsgröße machte und bis 1870 im ganzen aufschiedenes Kleinbürgertum war, herausgeschludert wurde in eine Ideebahn, die dieses alten grundsätzlich entgegengestellt war. Diese neue Wirtschaftsidee, nach der wir handelten, kannte keine stille Macht, die Maschine wie das letzte Höchste, Mensch und Seele waren oft mit die Bade-schmucke, die man auf die Achsen dieses Wirtschaftsformen anbandt es um so besser ließ. England, Frankreich haben zusammen von dem Osten getrunken, sie nahmen sich dreihundert, zweihundert Jahre Zeit dazu, aber auch sie werden daran erstickt. Was wir Fortschritt nannten, war im Grunde genommen brutalster Kampf, und an unserer vielgeprägten Bildungslinien sind Hunderttausende und Missionen der Menschen zugrunde gegangen.

Kampf wird sein,

aber dieser Kampf muß die Brutalität ablehnen, an die Stelle der Vernachlung des Gegners, muß wie Schmoller sagt, „die Unpassung treten, so daß die Sieze der größeren Macht mehr und mehr Sieze des Geistes, der Sitte und des Rechtes sind, die an sich zugleich eine reichere und leistungsfähigere soziale Organisation herbeiführen“.

Diese soziale Organisation, die der große Volkswirtschaftler Schmoller erachtet, kann nur geboren werden

aus dem sozialen Geist, aus dem Gedanken der Solidarität.

Die kommen aber nicht aus schönen Reden, aus Büchern oder aus wohlgezügten Städten, aus mehr Lohn und weniger Arbeitzeit, um den sozialen Geist wieder in uns zu neuem starkem Leben zu erwecken, müssen wir zu den Neuerungen des sozialen Gedankens zurückgehen, zu den sittlichen Motiven, die im Christentum liegen.

Das Christentum war die erste große Kraft, die den sozialen Gedanken mitteln in den Vordergrund ihrer Fortbewegungen stellte. Zwar haben auch vor dem Erscheinen des Christentums einige wenige erlesene Geister soziale Ideen vorgebracht, aber das eine Religion als Kernpunkt ihrer Worte die soziale Idee hinstellte, das war bis dahin noch nicht geschehen.

Die sittliche Stoßkraft des Christentums konnte aus einem völlig zerstörten Gesellschaftsleben zwei Momente von gewaltiger Kraft herausarbeiten, die für immer

die soziale Idee des Christentums

zeigen, das ist
die Aushebung der Sklaverei durch den Einfluß des Christentums,

und die sittliche Gesellschaftsordnung des Mittelalters.

Die Errichtung der Sklaverei war dem Altertum so natürlich wie Essen und Trinken. Es konnte sich ein Leben ohne Sklaverei überhaupt nicht denken. Selbst einer der edelsten und

feinsten Geister des Altertums, Aristoteles, der Schüler des Weltphilosophen Platon, sagt in seiner „Politik“: „Das Verhältnis des Herrschenden und des Beherrschten ist ein zum Zwecke ihrer gezwungenen Erfüllung bestehendes. Der eine dient durch Geist, der andere durch seine körperliche Tätigkeit. Dieses Verhältnis besteht zwischen Geist und Körper, Mann und Weib, Herrn und Sklave. Denn der Sklave ist von Natur aus Sklave. Er hat die Anlage Sklaven zu sein, er hat die Anlage Werkzeug zu sein, weil er von Vernunft aus nur soviel besitzt, daß er die Gedanken anderer versteht, ohne selber weiche lassen zu können.“

Das Heidentum konnte noch selber ganze Massakturen an eine prinzipielle Befreiung der Sklaverei gar nicht denken, es hätte es um so weniger gewußt, weil die Religion des Altertums sich mit der Sklaverei abgesunden hatte, ja auch in ihrem Dienst stellte. Solche mit der Sklaverei gebunden werden, so mussten vor allem die sittlichen Abschamungen umgestaltet werden, um im geselligen Leben der Gesellschaft der Sklaverei den Boden zu entziehen

das Christentum die Welt mit seinen Ideen durchsetzt und gepräkt hat, begann auch die Wirtschaft, die im Heidentum wie auch in der Zeitzeit nach durchaus egoistischen, eigensüchtigen Motiven geleitet wurde, sich auf altruistische, auf gemeinschaftliche Ideen aufzubauen.

Diesen sittlichen Charakterzug setzt die Wirtschaft des Mittelalters, vor allem die Versetzung der Güter.

Es kommt hier nicht auf die äußere Form der Güter an, sie ist zerbrochen und auch unmöglich in der Gelt der modernen Weltwirtschaft. Worauf es ankommt ist, daß das Mittelalter besonders in der Hochstufe der Güter es verstand, das Wirtschaftsleben mit sittlichen Ideen zu durchdringen, dergestalt, daß Mensch und sittliche Idee Endzweck der Wirtschaft war und nicht umgekehrt.

Esch sagt mit Recht von der mittelalterlichen Gesellschaftsordnung, daß in ihr eine hundige Verbindung des Weltlichen mit dem Weltlichen gewesen sei, und das Streben, so durch das Weltliche zu wandeln, daß das Ewigkeits dadurch nicht verloren ging. Die Organisation des mittelalterlichen Geoverbestandes ist wirklich beherrscht von dem sittlichen Geiste des Christentums. Wahre, kräftige Assoziation erblüht nur aus diesem sittlichen Geiste. Dieser bekämpft einerseits die trennenden Momente, welche der genossenschaftlichen Verbindung entgegenwirken möchten, Selbstsucht, Meinlichkeit, Mutslosigkeit, Unfähigkeit, andererseits ebnet er jener Verbindung den Weg durch die kräftige Verbindung der Menschen einander Bande, vor allem durch die Verkündigung des Gottes der Liebe. Wenn so eine moralisch vereinigte Kraft auf die Güter der Genossenschaft einwirkt, können auch Gemeine Zwecke den einzelnen Interessen übergeordnet werden, und dann kommt der „Gemeinigkeit“, die Quelle des Herrlichsten und Größten“, zur Entfaltung.

Der Einzelne konnte nicht seinen partikularistischen Motiven nachhören, sondern hatte Mühsal zu nehmen auf das Ganze, auf Normen und schlicht Conkurrenzende. Gierke beklagt in seinem Genossenschaftsrecht:

„Gedenken die Güter durch genossenschaftliche Selbstkontrolle, Selbstpolizei und Selbstbeschränkung für das Interesse des konkurrierenden Publikums sorgten, förderten sie gleichzeitig das Gemeinwohl und die Ehre der eigenen Arbeit und schufen so eine glückliche Harmonie der kollektivierenden Interessen herbei, wie sie freilich nur so lange möglich war, als der Gemeinsinn über dem Egoismus, die Ehre über der Gewinnsucht stand.“

An der Tat, ein „gesunder“ Egoismus, ersprießlich für den Einzelnen sowohl als die Gesamtheit! Einem gegenseitigen Niederkonkurrenz der Unternehmer, einem „unsaueren Wettbewerb“, sowie einer Nebenvorteilung der Konsumanten war durch das sittliche Bewußtsein der Güter ein Siegel vorgeschnitten.

Die Form der Güter ist durch die moderne Weltwirtschaft überholt, aber der große Gemeinschaftsgeist, die sittliche Idee, die in der mittelalterlichen Gesellschaft unter dem beeindruckenden Einfluß des Christentums gedieh, die haben wir notwendig allein ist unsere Rettung.

Es kann nicht heißen in der Wirtschaft: Gott mit allen ehrlichen Werken und Rückblicken, sondern leichtpendend und zielvollend muß über dem wirtschaftlichen Ringkampf das ethische Ideal schweben. Denn auch die Wirtschaft hat ihre sittliche Seite. Wird dieselbe verkannt, so verfällt nicht nur die Wirtschaft, sondern auch das Volk.

Letzten Endes erweist sich, wie Schäffle sagt, die sittliche Idealität doch stärker als die stärkte Realität. Wo ein ernster Wille ist, da ist auch ein Weg. Unter dem Banner des Christentums führt der Weg zum Ziel, zu einer sittlich tiefen Aussage der Arbeit, zu einem Eländevernehmen und zum wahren Wohlgerücht.

Dahin mögen auch unsere Gedanken als Arbeiter gehen, die wir auf dem Boden des Christentums und der christlichen Gewerkschaften stehen, mitzuschaffen an der Versetzung der Wirtschaft und dadurch an einem wahren sozialen Frieden.

Der starke Deich des Christentums

gegenüber dem alles überflutenden Materialismus hat seinerseits Rückhalt in der christlichen Arbeiterbewegung. Wie sind das Salz der deutschen Arbeiterbewegung. Es darf nicht salz werden. Unsere Kraft und unsere Überzeugung müssen wir einzusetzen für die hohen Ideale, zu denen wir stehen, dann arbeiten wir auch mit, daß in das von Schmerz und Weh zerrissene deutsche Herz ein wahrer Weihnachtsfriede einzieht.

Die innere Kultur der Menschheit, die bis dahin tief und öde lag, ist durch diese gewaltige Reformarbeit des Christentums zum erstenmal eine bedeutende Stufe höher geführt worden zu dem leichten und höchsten, was die Menschheit erreichen kann, zum wahren Gemeinschaftsvernehmen und Gemeinschaftsarbeiten der Menschheit.

Die Aushebung der Sklaverei ist jedoch nicht das einzige Katum, welches die tatsächliche Wirklichkeit sittlicher Sträfe und Faktoren in der sozialen Geschichte zeigt. Nachdem

Bur Betriebsratsfrage.

Im Vordergrunde des Interesses in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen stehen gegenwärtig die dem 7. Ausschuss zur Beratung vorliegenden Betriebsräte. Die verschiedensten und einander entgegengesetzten Hoffnungen werden an den Entwurf geknüpft. So suchen z. B. die Kommunisten und Spartakisten die Betriebsräte ihren ultrarevolutionären Zielen dienstbar zu machen. Sie wollen in den Betriebsräten die Oktatur des Proletariats zur Verwirklichung bringen.

In dem beratenden Ausschuss findet das Streben der Kommunisten von dem Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion (Giebel) folgende interessante Kennzeichnung:

"Das Elend, das die A. P. D. mit ihren weitgehenden Forderungen anrichten würde, ist gar nicht abzusehen. Die Fabrikkomitees haben in Russland die Wirtschaft zugunsten gerichtet. Lenin und Trotzki müssen schließlich erklären: So geht es nicht mehr."

In der Hauptsache sind es drei Fragen, die im Mittelpunkte der Erörterung stehen. Die Vertretung der Arbeiterschaft im Aufsichtsrat, die Einstellungnahme in die Bilanz bei Privatunternehmungen und die Mitwirkung bei Einstellungen und Entlassungen.

Unser Prinzip ist von seher gewesen, daß, wie in der Politik, so auch im Wirtschaftsleben dem Arbeitgeber das gleiche Mitbestimmungsrecht zuerkannt werde. Neben diesem Mitbestimmungsrecht sind aber in erster Linie die Interessen einer gesunden volkswirtschaftlichen Entwicklung zu wahren. Wenn nun auch der Vertreter der Arbeiterschaft im Aufsichtsrat in ihrer Einstellungnahme in die Bilanz bei Privatunternehmungen prinzipiell zugestimmt ist, so ist doch auch gleichzeitig darauf zu achten, daß die, dieser Arbeiterversetzung eingeräumten Rechte dem auch vom Arbeiter zu wünschenden Ausstieg der einzelnen Betriebe nicht hindernd im Wege stehen. Es gilt auch den Personalkredit der kleinen Unternehmungen zu wahren. Der meistumstrittene Punkt ist aber das Bestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen der Arbeitnehmer. Hier ganzen Tendenzen entsprechend, wird von den Kommunisten für die Betriebsräte das Allseitbestimmungsrecht gefordert. Wir christlich Organisierten haben nun genaue Erfahrungen, um zu wissen, wie eine solche Gesetzgebung zu vertragen ist. Mit der Zustimmung zu einer solchen Regelung würden wir uns selbst an unsere Terroristen ausspielen. Die Einstellung und Entlassung wird dann nur noch von der politischen Gesinnung abhängig gemacht. Aus dieser Erwöhnung wurde beantragt:

Über die Einstellung des einzelnen Arbeitnehmers hat der Arbeitgeber allein ohne Mitwirkung oder Kontrolle des Betriebs-, Arbeiters- oder Angestelltenrats zu entscheiden.

Für die Kündigung wurde als Artikel 42 und 43 ein gemeinsamer Antrag der Reiterungsparteien vorausgeschickt und angenommen. Die Artikel haben folgenden Wortlaut:

Par. 42. Arbeitnehmer können im Falle der Kündigung oder Entlassung seitens des Arbeitgebers den Arbeiters- oder Angestelltenrat aufrufen:

1. wenn der begründete Verdacht vorliegt, daß die Kündigung wegen politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Tätigkeit oder wegen ihrer Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verband erfolgt;

2. wenn die Kündigung oder Entlassung ohne Angabe von Gründen erfolgt;

3. wenn die Kündigung deshalb erfolgt ist, weil der Arbeitnehmer sich weigerte, dauernd andere Ar-

belt als die bei der Einstellung vereinbarte zu vertragen;

4. wenn die Kündigung sich als eine unbillige, nicht durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte darstellt.

Das Recht des Einstreichs besteht nicht bei Entlassungen, die auf einer gesetzlichen oder tarifvertraglichen oder durch Gesetzesvorschlag einer gesetzlich anerkannten Schlichtungsstelle ausgerlegten Verpflichtungen beruhen, bei Entlassungen, die durch Entlegung des Betriebes erforderlich werden, und bei freistiligen Kündigungen aus einem Grunde, der nach dem Gesetz zur Abschaffung des Dienstverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt.

Erachtet der Arbeiters- oder Angestelltenrat die Antrittung für begründet, so hat er beim Arbeitgeber auf eine Verständigung hinzuzweilen. Gelingt diese Verständigung nicht, so kann der Arbeiters- oder Angestelltenrat oder der betroffene Arbeitnehmer den Schlichtungsausschuss aufrufen.

§ 43. Der Schlichtungsausschuss kann die Unwillkürlichkeit der Kündigung aussprechen und für den Fall, daß der Arbeitgeber die Wiedereinstellung verweigert, die eine Entschädigungspflicht auferlegen. Diese bemisst sich nach der Zahl der Jahre, während denen der Arbeitnehmer in dem Betriebe beschäftigt war, und darf für jedes Jahr bis zu einem Bruchteil des Jahresearbeitsverdienstes, jedoch im ganzen nicht über sechs Brüderlich hinausgehen. Dabei ist sowohl auf die wirtschaftliche Lage des Arbeitnehmers als auch auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers angemessene Rücksicht zu nehmen. Der Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmer innerhalb dreier Tage zu richten ob die Entschädigung oder Wiedereinstellung erfolgt.

Der Arbeitgeber ist im Falle der Wiedereinstellung verpflichtet, dem Arbeitnehmer, falls inzwischen die Entlassung erfolgt war, für die Zeit zwischen der Entlassung und der Wiedereinstellung Lohn oder Gehalt zu zahlen. § 615 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet entsprechende Anwendung. Der Arbeitnehmer kann seiner öffentlich-rechtlichen Leistungen, die den Arbeitnehmer aus Mitteln der Erwerbstätigen- oder Armenfürsorge in der Krisenzeite erhalten hat, zur Abrechnung bringen und muß diese Beträte bei leistenden Stellen zurückzustellen.

Der Arbeitnehmer ist berechtigt, falls er inzwischen einen neuen Dienstvertrag abgeschlossen hat, von dem allen zurückzutreten. Er hat hierüber, nachdem ihm die Entscheidung des Schlichtungsausschusses bekannt geworden ist, unverzüglich, dem Arbeitgeber eine Entfernung abzurufen. Macht er von seinem Rücktrittsrecht Gebrauch, so ist ihm, falls inzwischen die Entlassung erfolgt war, Lohn oder Gehalt nur für die Zeit zwischen der Entlassung und der Entscheidung des Schlichtungsausschusses zu zahlen. Art. 3 Satz 2 und 3 findet entsprechende Anwendung.

Nu, die Frage der Betriebsräte in ihrer ganzen Bedeutung werden wir ausführlich zu sprechen kommen, sobald das Gesetz in der Nationalversammlung erledigt ist. A. G.

Industrie, Bildungswesen und Wiederaufbau.

Wenn im Krise von Seiten des Auslands, namentlich Frankreichs und Englands, den dortigen Industriellen und Betriebsleitern immer wieder die wissenschaftlich-technische Fortschreitung der deutschen Konkurrenz erzeugt gehalten und als nachahmungswertes Beispiel hingestellt worden ist, so wird dadurch von selbst unser Blick auf den großen Nutzen des Bildungswesens, sowohl des allgemeinen wie des technisch-industriellen Fachschulwesens, allmählich auf immer breitere Grundlage gestellt. Zunächst sind es allgemein-industriell ausgerichtete Schulen, anfänglich privater Natur, wie die Viehlei, sog. Industrieschulen, die ihre Schüler ganz im allgemeinen auf die besonderen Verhältnisse des modernen Fabrik- und Gewerbelebens vorzubereiten suchten. In ähnlicher Weise waren auch die Präfänge der Polytechniken, technischen Akademien und technischen Hochschulen eingerichtet, die in dieser Zeit allmählich entstanden und zu einer größeren Vollkommenheit heranwuchsen. Dabei will es scheinen, als ob das Schulwesen trotz der Einführung in die Grundlagen technischer Kenntnisse zu dienen hätte und ebenso auch der Erziehung in der Beherrschung der technischen Errungen-

lichen, für unsere industrielle, wirtschaftliche und völkische Zukunft hingeleist. In der ausgedehntesten Förderung des Wissens müssen alle beweisen Freizeit zusammenführen, zumal wir in unserem organischen Leben Taat und Kultur wissenschaftlich technischen Bedeutung ein Kapital besitzen, das aus niemanden nehmen kann, das bei unserer augenblicklichen sonstigen Kapitalarmut für uns von unermesslichem Wert ist. Der Träger des technischen Fortschritts ist in letzter Linie nicht die Maschine, sondern der Mensch. In seinen Zukunftsaufgaben der Technik steht der Ingenieur und Professor Conrad Matthes mit Recht hervor, daß die oft gehörte Behauptung, daß die Technik den Menschen überflüssig mache, daß sie ihn zur Maschine herabstelle, grundsätzlich und durch die Tatsache widerlegt ist, daß wir innerhalb unserer Industrie ohne den hochausgebildeten Qualitätsarbeiter nicht auskommen können. Vom Arbeiter und Ingenieur bis zum Arbeitgeber brauchen wir erste Kräfte. Dieses gehört zu den wichtigsten Kapiteln, die über den Wiederaufbau zu handeln haben, die Frage, wie man diese Kräfte planmäßig heranbildet und wie man das darin sorgen kann, daß sie, an den richtigen Platz gestellt, mit dem größten Wirkungsgrad ihre Arbeit verrichten können.

Mit Genugtuung können wir heute auch in unserm Hinsicht darauf zurückblicken, daß wir schon frühzeitig gelernt haben, unser gesamtes Schulwesen auf die aufsteigenden Bedürfnisse unserer Industrie und unseres gesamten Wirtschaftswesens einzustellen. War allerdings bis in die 70er Jahre hinein die Ausbildung der Beamten und Arbeiter vor allem durch die technischen Erfahrungen der Betriebe selbst und die Anleitung durch ältere Betriebsleiter oder auch vielleicht noch ausländische Ingenieure vor sich gegangen, so begann seitdem auch das technische Schulwesen allenthalben sich kräftig zu regen. Bis zu dieser Zeit hatten allerdings die vielen, zum Teil schon aus dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts stammenden technischen Vereine den Industriebeamten und Unternehmern mancherlei Anregungen und Anleitungen gegeben. Doch konnte das alles nicht ausreichen, wollte man auch in Deutschland zu einer völlig selbständigen Beherrschung der modernen technischen und organisatorischen Betriebsmittel gelangen.

Aus diesen Erfordernissen heraus vollzog sich allmählich die Eingliederung modernen naturwissenschaftlicher Kenntnisse in den Unterrichtsbetrieb des gesamten Schulwesens. Nicht bloß etwa die Ausbildung des technischen Schulwesens hat die deutsche Industrie in dieser Zeit gefordert, sondern vor allem auch der Ausland, daß auch in die althergebrachten Schulsysteme, vor allem der Mittelschulen, die Grundzüge naturwissenschaftlichen, physikalischen und chemischen Wissens eingegliedert wurden. Das allein schon gab der Industrieentwicklung insofern einen größeren Nutzen, als nun für alle, die sich weiterhin auf diesem Gebiete befähigen wollten, wenigstens die Grundlagen moderner Naturwissenschaftlichkeit durch die Schulen bereits gegeben waren. Parallel mit dieser Eingliederung naturwissenschaftlicher Lehrfächer in die alten Schulsysteme vollzog sich die Ausbildung neuer. Dahin gehören, zunächst die Versuche, die alten Schulformen den modernen Anforderungen des Wirtschaftslebens immauer. Nach diesen Versuchen erwuchsen die sog. realen Schularten, die diesen und bald über diese hinaus entwickelte sich das technisch-industrielle Fachschulwesen, allmählich auf immer breitere Grundlage. Zunächst sind es allgemein-industriell ausgerichtete Schulen, anfänglich privater Natur, wie die Viehlei, sog. Industrieschulen, die ihre Schüler ganz im allgemeinen auf die besonderen Verhältnisse des modernen Fabrik- und Gewerbelebens vorzubereiten suchten. In ähnlicher Weise waren auch die Präfänge der Polytechniken, technischen Akademien und technischen Hochschulen eingerichtet, die in dieser Zeit allmählich entstanden und zu einer größeren Vollkommenheit heranwuchsen. Dabei will es scheinen, als ob das Schulwesen trotz der Einführung in die Grundlagen technischer Kenntnisse zu dienen hätte und ebenso auch der Erziehung in der Beherrschung der technischen Errungen-

Ethischer oder materialistischer Sozialismus.

IX.

Die Klassenkämpfe, die Ausbeutung des Proletariats, haben letzten Endes nach Marx ihren Ursprung in der Sucht nach Erzielung des Mehrwertes.

Engels formulierte den Begriff „Mehrwert“ folgendermaßen: „Der Arbeiter verkauft dem Arbeitgeber seine Arbeitskraft für eine gewisse Summe. Nach der Arbeit weniger Stunden hat er den Wert jener Summe herausgearbeitet. Aber sein Arbeitsvertrag lautet dahin, daß er nun noch eine weitere Reihe von Stunden fortzuhören muss. Der Wert nun, den er in diesen zusätzlichen Stunden der Mehrarbeit produziert, ist Mehrwert, der dem Kapitalisten nichts kostet, trotzdem aber in seine Tasche fließt.“

Die Aneignung des Mehrwertes ist das fundamentalprinzip der kapitalistischen Produktionsweise.

Wie verhält es sich mit dieser Aussage?

Nach der Ansicht des materialistischen Sozialismus ist das Gemeinsame zweier Waren – der „Wert“ – die zur Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitsszeit. Die Konsequenz dessen wäre: der Wert der Ware obzgl. des Wertes der zur Schaffung des Produktes notwendigen Kosten ist der Gewinn des Warenverkäufers. Statt dessen sagt der materialistische Sozialismus: die genauen Differenzen sei nicht der Gewinn des Warenverkäufers, sondern der „Mehrwert“, von dem der Kapitalgewinn, Handelsprofit etc. Teile sind. Das ist aber nur dadurch möglich, daß alle Waren teils über, teils unter dem Wert verkauft werden. Damit widerspricht Marx, der Schöpfer der Theorie, sich selbst, da er zwei sich auseinanderhende Waren als Repräsentanten gleicher Quantitäten Arbeit aussagt.

In einigen Beispielen wollen wir die Sache illustrieren. Der Hauptgrundzäh der Mehrwerttheorie, daß die Arbeit allein den Kaufwert ausmache und nicht der Gebrauchswert ist, unrichtig. Wenn die Arbeit allein den Kaufwert einer Ware bestimmt, warum können denn nach Marx nur der Gesellschaft nützliche Dinge Kaufswert haben? Doch wohl nur deshalb, weil der Gebrauchswert ein wesentlicher Teil des Kaufwertes ist. Warum hat das Holz z. B. in den Urwaldern Südamerikas fast keinen Kaufswert, trotzdem besteht die Arbeit dort beim Holzsägen schwieriger ist als

bei uns. Weil niemand da ist, der es gebraucht, oder weil es jeder kaufen kann. Nach der Marxschen Werttheorie müßte die Profitrate, d. h. das Verhältnis des Mehrwertes zum Kapital in einem Unternehmen aufgewogene Kapital verschieden sein je nach der verschiedenen organischen Zusammensetzung des Kapitals. Der Wert der Rohstoffe und Maschinen und der Verbrauch derselben ändert sich je bei verschiedenen Unternehmen. Man müßte also erwarten, sagt Kathrein mit Recht, daß bei gleicher Mehrwertrate jeder Produktionszweig eine verschiedene Profitrate aufweist. Wie sieht es nun in der wirklichen Welt aus? Hier herrscht tatsächlich das Gegenteil: Kapitale von gleicher Größe gleichen Profit abweisen ohne Rücksicht auf ihre Zusammensetzung. Marx selbst gibt diese Tatsache zu und erkennt den Gegenstand an, in dem dieselbe zu seinem Mehrwert führt.

Wenn auch die Werttheorie im Grunde hältlos ist, in einem hat Marx unfehlbar recht, daß der Anteil des Arbeiters an den Erträgen der Produktion wirklich nicht den Arbeitsleistungen entspricht. Der Lohn kann nicht allein bestimmt werden nach dem Arbeitspreisum, wie man einer Maschine das zum Laufen notwendige Öl gibt, der Arbeiter muß darüber hinausgewertet in seiner

Arbeit als Kulturfaktor,

danach muß der Lohn eingestellt werden. Wie jetzt hat der Arbeitnehmer infolge seines geringen Lohnes nicht teilnehmen können an den Kulturfaktoren des deutschen Volkes, das muß im neuen Deutschland Schritt um Schritt anders werden.

Die sozialistische Wirtschaftsordnung, die ein Fundamentalprinzip nach Marx die Mehrwerttheorie ist, lautet „die kleinen Produzenten“ auf. Die kleinen werden expropriert, die wirtschaftliche Entwicklung drängt überall auf die Alleinherrschaft eines großen Wirtschaftskörpers hin. Die Zahl der Kapitalmagnaten nimmt insgesamt ab und es bilden sich vielleicht zwei bis drei wahre Kapitalkräfte, die alles andere in sich aussaugen. Die Großwirtschaften bedingen infolge ihrer Größe die Arbeiter und Konsumanten. Das ist die sogenannte soziale

Konzentrations- und Akkumulationstheorie.

Gegen diese Aussage und Außerachtung der Bielefelder durch die wenigen gibt es nur ein Mittel nach Marx. Das ist derjenige, mit dem die Gemeingut der ganzen Gesellschaft unterwandelt werden. Das ist die

Sozialisierungstheorie.

Was sagt dagegen der ethische Sozialismus?

Die Theorie von der Zusammenstellung der Wirtschaftsverhältnisse hat sich zum Teil bewährt. Das Beispiel dafür liefert besonders Amerika.

Dort haben ein paar große Finanzgruppen fast das gesamte wirtschaftliche Leben Amerikas an sich gerissen. Die Standard Oil Company – der größte private Konzern – kontrolliert etwa 90 Prozent der amerikanischen Petroleumproduktion; sie besitzt eigene Bahnen, eigene Schlüsse, eigene Förderleistungen. Sie hat den Verkauf bis zum Detailhändler organisiert. Sie produziert alle Hilfsprodukte, Fässer, Kanister, Pumpen und verarbeitet alle Nebenprodukte. Dieser Konzern hat auch den wichtigsten Teil der amerikanischen Erzminen in seine Gewalt gebracht und war an der Gründung des Staates Strassburgs hervorragend beteiligt. Nachdem es die gewonnen war, in der Krise von 1907, die wie man behauptet, überhaupt durch sie verursacht oder verschärft worden sein soll, die ihr entgegenstehenden großen Kupferproduzenten aus dem Wege zu räumen, dürfte sie auch den größten Teil der Weltproduktion an Kupfer kontrollieren. Die Standard Oil Group ist aber heute nicht mehr der größte Konzern in den Vereinigten Staaten. Diese dürfte die Morgan Gruppe sein. Diese Firma soll schon vor dem Kriege nach staatlichen Untersuchungen allein Unternehmungen im Betrage von 22,2 Milliarden Dollar, rund ein Fünftel des gesamten Weltvermögens der Vereinigten Staaten kontrolliert haben, dazu kommt, daß diese Firma durch Vertretung der englisch-französischen Interessen in Amerika und durch Finanzierung ihrer amerikanischen Anleihen im Weltkriege ihre Stellung noch gewaltig verstärkt hat. Wenn man weiß, was eine solche Konzentration des Besitzes in Amerika an wirtschaftlichen und vor allem an politischen Einflüssen bedeutet, dann muß man sich wirklich fragen, wie die Amerikaner in ihrem Lande von einer Demokratie profitieren wollen, mit der sie andere Völker und auch uns bezüglich wollen. Das die deutsche Sozialdemokratie, die doch eigentlich über Wirtschafts- und Politikzusammenhänge am besten unterrichtet sein will, als erste gerecht auf den Wissensstand des Deutschen Politikernachwuchs aufmerksam wurde.

Auch in Deutschland hat sich in einigen Industriegruppen ein starker Zug zur Vertreibung gezeigt. Nehmen wir uns einmal die Montanindustrie und die Elektrizitätswirtschaft, die in wenigen großen Konzernen einen bedeutenden Teil des deutschen Wirtschaftslebens zusammenhalten. Dagegen hat sich aber nur in Deutschland gerade der Kleinbetrieb sehr vermehrt und diese Tatsache beruft das Gegenteil, was die Konzentrationstheorie von Marx zeigen will.

schäften in ihrem augenblicklichen Umfang, während die Lehre in der Weiterbildung der technischen Methoden mehr und mehr die praktischen Betriebe selbst übernehmen. Dadurch nämlich, daß sie sich innerhalb der Betriebsfamilie eine technologische oder auch physikalische und chemische Forschung mit Hilfe besonderer Einrichtungen angliedern. Abgesehen von alledem hat das technische und industrielle Vereinswesen durchaus nicht an Bedeutung verloren. Sondern mit dem Größterwerden der Industrietätigkeit, mit dem fortschreitenden Entstehen neuer industrieller Betriebsgruppe hand in Hand ging auch die Ausweitung des technischen und industriellen Vereinswesens, das für die Schule Entwicklung und in der praktischen Tätigkeit lehrenden die ständige Weiterführung ihres Wissens, die ständige Vermittlung neuer Fortschritte und Anregungen übernimmt.

Auf den bewährten Bahnen unseres industriellen Bildungswesens ist nunmehr mit allein Eifer fortzufahren. Das Fortbildungswesen wie Fach- und Hochschulen müssen in gleicher Weise unsere Sorge umfassen. Von einer zeitgemäßen Gestaltung des Hochschulwesens mußte auf der Generalversammlung des Vereins der deutschen Eisen- und Hüttenleute im Mai dessen Vorsitzender Generaldirektor Dr. Böhler: „Die völlig veränderte Wirtschaftslage, die politischen Umwälzungen stellen unsere Hochschulen vor Aufgaben auf, die sie bisher wenig oder garnicht gepflegt haben. Die Unternehmungen der Hochschulen am öffentlichen Leben wird stärker als bisher in die Erziehung treten müssen. Die Lehre von den Grundlagen unserer Wirtschaft, von den treibenden Kräften, von dem Zusammenhang des industriellen Lebens, müssen den ganzen Unterricht in allen seinen Abteilungen durchdringen. Die Verkehrs- und Transportfragen, die Wirtschaftskunde und nicht zuletzt die Menschenkunde müssen die Grundpfeiler des Unterrichts bilden. In den Studierenden muß in aller Eindringlichkeit das Verständnis des höchsten Wirkungsgrades erweckt werden. Wenn dadurch das eigentliche Fachwissen zu kurz kommt, so das nicht ohne weiteres zu bedauern. Die einseitige Fachausbildung hat bei uns schon viel zu weit sich geprägt, und wenn die Angewandtwelt mit Recht bei ihrer Überzeugungen Bedeutung über Zurückhaltung setzt, so liegt ein Grund sicher in der zu einseitigen Ausbildung des Fachwissens.“ Ganz besondere Aufmerksamkeit ist den wissenschaftlichen Forschungssätzen und Versuchseinrichtungen zu widmen, sowohl den einzelnen Werken als auch den der öffentlich-hochtechnischen Anstalten, sowie den Bemühungen, die technische Literatur in größerem Umfang praktisch fruchtbare zu machen. Insbesondere muß das auch vermittelst unserer Facharbeiter geschehen, die nach der Rückkehr von ihren amerikanischen Kollegen manches lernen könnten. Hier ergibt sich eine dankbare Aufgabe für unsere gewerblichen Arbeiterorganisationen.

Im ersten Halbjahr hat man soviel davon gesprochen, zwecks Wiederaufbaus unserer Wirtschaft planmäßig organisieren zu wollen. Was wir bedürfen sind nicht bloße neue Maßnahmen, sondern vor allem auch technisch-lehrende, erfindungstreiche Menschen, kurz Männer!

Dr. v. d. Voort.

Lehrlingsvergütungen im Münchener Metallgewerbe.

Bei den Tarifabschlüssen in der Industrie gelang es im Verlaufe des letzten Jahres den Gewerkschaften, zumeist auch die Vergütungen der Lehrlinge vertraglich festzulegen. Schwieriger, fast ganz aussichtslos schien die Bemühungen der Organisationen, auch im Handwerk die Lehrlingsentschädigungen zu vereinbaren. Die Handwerksmeister, ihre Innungen und die Handwerkskammer, gestützt auf die geschäftigen Bestimmungen über das Lehrlingswesen, lehnten es scharf ab, mit den Gewerkschaften über die Lehrlingsfrage zu verhandeln. Bisher, unermüdlicher Arbeit bedurfte es, um die Handwerksmeister und ihre Organe von diesem Standpunkt abzuwenden und mancher Handwerksmeister mußte sich vor den Schlichtungsausschuss oder das Gewerbege richt beinhalten, wo dann Einzelregelungen vertragstextweise vorgenommen wurden, bis daß auch im Münchener metallarbeiternden Handwerk sich die Einsicht durchdrang, daß auf dem Gebiete des Lehrlingswesens eine Vereinbarung mit den Gewerkschaften der Tapferkeit besserer Teil sei. Anerkannt muß werden, daß ein Teil fortwährend gesinnter Meister und insbesondere die Organe der Handwerkskammer in den letzten Monaten diese Vereinbarung förderten, um die zahlreichen Unstände im Lehrlingswesen zu beheben.

Die Fuß- und Wagenjämmede-Gewerbe-Gesellschaft Münchener vereinbarte bereits am 22. Juli 1919 außerstaatlich mit den Gewerkschaften, daß die Entschädigungen für Lehrlinge wie folgt festgesetzt werden:

Im 1. Lehrjahr 6 Mark wöchentlich, im 2. Lehrjahr 9 Mark wöchentlich, im 3. Lehrjahr 15 Mark wöchentlich, im 4. Lehrjahr 20 Mark wöchentlich.

Die Lehrzeit beträgt drei Jahre. Der Fachschulbesuch wird vergütet. Die Kostzusage des Münchener Wagenbaugeschäftes vereinbarten am 10. Oktober 1919 mit den Gewerkschaften tatsächlich nachstehende Lehrlingsvergütungen:

Im 1. Lehrjahr 6 Mark, im 2. Lehrjahr 10 Mark, im 3. Lehrjahr 15 Mark pro Woche. Die Zeit für den Schulbesuch wird bei der Lehrlingsvergütung nicht in Abzug gebracht. Die Lehrzeit darf drei Jahre nicht übersteigen; bei Überschreiten traten die Bestimmungen der Handwerkskammer in Kraft (vitr. Nachkosten).

Am 19. November 1919 fanden unter dem Vorsitz der Handwerkskammer zwischen den bevollmächtigten Vertretern des Münchener Schlossergewerbes und den Organisationsvertretenen Verhandlungen statt, die zu folgende Vereinbarungen führten:

1. Normalsätze der an die Lehrlinge zu zahlenden Entschädigungen: 1. Halbjahr 0,60 Mark pro Tag, 2. Halbjahr 1,00 Mark, 3. Halbjahr 1,30 Mark, 4. Halbjahr 1,60 Mark, 5. Halbjahr 2,00 Mark, 6. Halbjahr 2,50 Mark, 7. Halbjahr 3,00 Mark pro Tag.

Die Entschädigung soll auch für die Zeit des Besuches der Pflichtfortbildungsschule (Par. 120 Gew.-Ordnung) gewährt werden.

2. Urlaub. Den Lehrlingen ist jährlich ein Urlaub von drei Tagen, dessen Beginn möglichst auf den Vorabend von Sonn- oder Feiertagen fallen soll, zu gewähren. Die Entschädigungsätze werden auch für die Urlaubstage gegeben.

3. Probezeit. Die Probezeit (Par. 127 der Gew.-Ordnung) beträgt sechs Wochen. Sie wird nach den Normal-

sätzen entschädigt, wenn das Lehrverhältnis über sie hinaus fortgesetzt wird. Die Zahlung der Entschädigung wird in diesem Falle bei Ablauf der Probezeit fällig. Dagegen besteht keine Verpflichtung des Lehrherren zur Gewährung der Entschädigungssätze, wenn das Lehrverhältnis während oder bei Ablauf der Probezeit aufgelöst wird.

4. Dieses Abkommen tritt am 15. Dezember 1919 in Kraft. Nach diesem Zeitpunkt im Münchener Schlossergewerbe neu abzuschließende Lehrverträge sind den Bestimmungen des Abkommens entsprechend zu gestalten, bereits bestehende Lehrverträge durch Vereinbarungen zu ergänzen bzw. abändern. Die Handwerkskammer München wird bei den ihr vorzulegenden Lehrverträgen darauf hinzuweisen, daß der Vertragsabschluß unter Berücksichtigung dieses Abkommens erfolgt.

Die Eigenschaft eines Tarifvertrages kommt dem Abkommen nicht zu. Lohnende Lehrverhältnisse bleiben, soweit höhere Vergütungsätze vereinbart sind, unberührt."

Das vorstehende Abkommen ist gewiß kein Ideal. Die Vergütungsätze sind angesichts der Zeuerung viel zu gering. Aber es ist ein erfolgsversprechender Anfang an der Mitwirkung der Gewerkschaften am Lehrlingswesen und schafft vor allem Einheitlichkeit in wichtigen Punkten desgleichen. Nun ist die Gewährung des Urlaubs an Lehrlinge, da ein solcher auch in der Industrie bisher den Lehrlingen verweigert wurde.

Der christliche Metallarbeiterverband hat an diesen Regelungen ein großes Verdienst, weil er es vornehmlich war, der seit Jahren die Vorarbeiten dazu leistete und ausdrücklich die Verhandlungen zugunsten der Lehrlinge beeinflußte. Allem in diesem Jahre bis Dezember muhten von der Ortsverwaltung in 112 Kreisfällen Schritte für Lehrlinge unternommen werden und in den allermeisten Fällen war unseres Wissens Erfolg beschieden. Nähe des Münchener Metallarbeiterverband nicht vereinbart und mit verdoppeltem Eifer am Wachstum des Verbandes mitarbeiten.

Für das Münchener metallarbeiternde Gewerbe, wie Elektromotoren-, Maschinen-, Gold- und Silberarbeiter, Stenografen und Friseurinnen, werden demnächst die Verhältnisse einer Regelung unterzogen. A. P.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im vorangegangenen sind, so ist für Sonntag, den 28. Dezember der erste Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 28. Dezember bis 3. Januar.

*

Die Verwaltungsstelle Magdeburg erhält die Genehmigung zur Erhebung folgender Wachenbeiträge:

1. Klasse 2,20 M.; 2. Klasse 1,80 M.;

Klasse der halben Beiträge 1,00 M.; Lehrlingsbeitragsklasse 0,50 M.

*

Die Verwaltungsstelle Neisse:

1. Klasse 2,00 M.; 2. Klasse 1,60 M.;

Klasse der halben Beiträge 1,00 M.; Lehrlingsbeitragsklasse 0,50 M.

*

Die Verwaltungsstelle Breslau:

1. Klasse 2,10 M.; 2. Klasse 1,70 M.;

Klasse der halben Beiträge 1,00 M.; Lehrlingsbeitragsklasse 0,50 M.

*

Die Verwaltungsstelle Brandenburg, Cottbus und Coesfeld:

1. Klasse 2,10 M.; 2. Klasse 1,70 M.;

Klasse der halben Beiträge 1,00 M.; Lehrlingsbeitragsklasse 0,50 M.

*

Die Verwaltungsstelle Grafschaft Lübeck:

1. Klasse 2,10 M.; 2. Klasse 1,70 M.;

Klasse der halben Beiträge 1,00 M.; Lehrlingsbeitragsklasse 0,50 M.

*

Die Verwaltungsstelle Lübeck (Schlesien):

1. Klasse 2,10 M.; 2. Klasse 1,60 M.;

Klasse der halben Beiträge 1,00 M.; Lehrlingsbeitragsklasse 0,50 M.

*

Die Verwaltungsstelle Essen:

1. Klasse 2,10 M.; 2. Klasse 1,70 M.;

Klasse der halben Beiträge 1,00 M.; Lehrlingsbeitragsklasse 0,50 M.

*

Die Verwaltungsstelle Ulm (Donau):

1. Klasse 2,00 M.; 2. Klasse 1,60 M.;

Klasse der halben Beiträge 1,00 M.; Lehrlingsbeitragsklasse 0,50 M.

*

Die Verwaltungsstelle Remscheid:

1. Klasse 2,10 M.; 2. Klasse 1,70 M.;

Klasse der halben Beiträge 1,00 M.; Lehrlingsbeitragsklasse 0,50 M.

*

Die Ortsgruppen Bremerhaven und Hamburg erhalten ab der Woche 1920 an Wochenbeiträgen für Erwachsene 2 M., für Weibliche und Jugendliche 1 M., für Lehrlinge 50 Pf. und jedes Dienstjahr einen Etatbeitrag von 50 Pf. Die 2. Klasse kommt in Betracht.

*

Die Verwaltungsstelle Dortmund erhält die Genehmigung, vom 1. Januar 1920 an folgende Beiträge zu erheben: 1. Klasse 2,- M.; 2. Klasse 1,70 M.; Halbdosis 1,- M., Jugendklasse 0,40 M., Delegiertenmarke 0,50 M.

*

Die Verwaltungsstelle Pforzheim erhält die Genehmigung, vom 1. Januar 1920 an folgende Wochenbeiträge zu erheben:

Männliche Mitglieder in der 1. Klasse 2,10 M.; in der 2. Klasse 1,70 M.

Weibliche Mitglieder in der 1. Klasse 1,20 M.; in der 2. Klasse 1,00 M.

In der Jugendklasse 50 Pf. Delegierten- und Botensteuer pro Dienstjahr 50 Pf.

Nichtbefolgerung der Preissätze hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet

Leimthe. Am Sonntag, den 30. November, fand in Leimthe eine öffentliche Versammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes

statt. Dieselbe war gut besucht und wurde durch Gewerkschaftssekretär Kleine eröffnet. Derselbe hieß die Anwesenden herzlich willkommen und begrüßte den Redner des Tages, Schriftleiter Georg Weber aus Duisburg.

Schnell in kurzen Zügen auf den Zweck der Versammlung hingewiesen war, ergießt Kollege Weber das Wort zu seinem Berichte. Seine Ausführungen hatten ungefähr folgenden Inhalt:

Wir leben in einer bewegten Welt. In dieser schweren Krisenzustand müssen wir uns nach einem festen Pol umsehen. Solch grohe Hauptmomente finden wir in der jetzigen Welt vor, den Individualismus und die soziale Idee. Wir haben auf der einen Seite dem Individualismus viel zu verdanken. Durch ihn haben wir den Anfang der Technik und manche Errungenschaft bekommen. Auf der anderen Seite hat uns der Individualismus den schärfsten Niedergang gebracht. Wie nach Sturm, Ehe und Fleisch um hat die Menschheit vergessen, daß wir den Menschen lieben sollen wie uns selbst. Es fehlt die Kraft, die Menschheit zu versöhnen. Eine Versöhnung ohne soziale Idee ist unmöglich. Aber nicht die Sozialdemokratie, sondern das Christentum hat Menschheit die soziale Idee gegeben. Das Christentum gibt den Menschen Rechte, aber auch Pflichten. Dann kommt wieder auf die Gewerkschafter zu sprechen. Er wies darauf hin, daß dieselben zuerst neutral waren. Man kann keine Politik. Nach und nach nahmen sie in politisches Sozialdemokratisches Fühlmaß. Das Christentum wurde beschimpft und verspottet. Da mußten wir zur Selbsthilfe greifen, wollten wir nicht zu Geißelkämpfen werden. So gründeten 1899 in Duisburg 150 Kollegen den Christlichen Metallarbeiterverband. Die Kollegen hatten klar erkannt, daß höher wie die Materie die Seele steht. Auf dieser festen Grundlage wurde aufgebaut. Auch erkannte man, daß man der Arbeiterschaft nicht hört um den Mund schmettern könnte, wenn man vorwärts kommen wollte.

Dann sprach der Redner über den Zusammenbruch des deutschen Volkes. Beide Ursachen waren da bestimmend. Erstens äußere Gewalt. Da sei nur an den Kampf ums Wahlrecht, an Schieber und Wähler zu erinnern. Zweitens seien innere Gründe bestimmend gewesen. Die Menschen waren Ohnmachten geworden. Was summerte es denn einen, wenn der andere in Not war. Man hatte wiederum vergessen, daß man den Menschen lieben soll, wie sich selbst. In solcher Welt müssen Menschen ausgestellt werden, damit das Volk sich danach reichen kann.

Daraus wendet sich Redner zu der Tätigkeit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Er wies darauf hin, daß von derselben eine Bankrottopolitik getrieben würde. Früher habe man gesagt, man müsse den Massen schmälen und die Führer vor den Bauch treten. Das befürchtet jetzt die Mitglieder der sozialdemokratischen Verbände, indem sie alte, starke und erprobte Führer auf Straßenspieler setzen. Der Bankrott sei nun zusammengebrochen, ungezählte Arbeitslosenreihen seien verschleppt. Wenn sich eine Verbundlosigkeit in Berlin breit macht, so sei das eine Folge der Politik, die der sozialdemokratischen Metallarbeiterverband betrieben habe. Dagegen haben die christlichen Gewerkschaften nichts dagegen gebracht, daß die Interessen der Mitglieder gewahrt wurden, und es wurde von ihnen ein Handeln wie das der sozialdemokratischen Gewerkschaften abgelehnt. Die christliche Bewegung läßt sich nicht aufhalten, die Tore sind aufgestoßen, Welt und Weltkrieg liegt der Weg vor uns. Die christlichen Gewerkschaften werden den Weg gehen und zum Ziel gelangen.

Meiner Meinung lohnt die Nähe des Redners.

Gewerkschaftssekretär Kleine sprach dem Redner seinen Dank aus. Dann kam er auf das Flugblatt zu sprechen, welches unter dem Titel „Ehr und Wahrheit“ in eifriger Weise vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband verbreitet war. Redner hörte aus, daß er dem Gemeindevertreter, Herrn Laurenz eine Eintrittsgabe geschenkt hätte, in welcher ersucht wurde, daß die Peitsche für Bedarfsgegenstände herabgesetzt werden sollte, damit sich die Minderbemittelten eindringen könnten. Es habe dann eine Sitzung zwischen den Geschäftsführern, der Verwaltung und Kollegen Kleine stattgefunden, in welcher die Peitsche für Geschäftsführer erläutert wurde. Der Artikel sei aber wegen Raumangabe eine Woche später in die Zeitung gekommen. So sei es dann zu verzögern, daß die Bestimmung des Landrats, daß der Verlauf der Wahlen zu festgelegten Zeiten erzielt würde, eher in die Zeitung gekommen sei, als der Artikel. Sobald Kollege Kleine den wahren Sachverhalt vernommen habe, hat er in einer Sitzung des Vertreter-Kartells des christlichen Gewerkschaften zu dieser Angelegenheit Sitzung genommen. Dort sei schon beschlossen, daß die Geschäftsführer zu einer Sitzung eingeladen werden sollen, damit die Angelegenheit geklärt werde. Er hätte auch ohne das Flugblatt des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Entscheidung geklärt. Das Flugblatt des Deutschen Metallarbeiterverbandes sei mir gegeben, um Mitglieder zu sammeln. Derartiges Agitationmaterial habe der christliche Metallarbeiterverband noch nicht erstellt. Den Mitgliedern empfahl er, die Kampfschriften des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sich zu merken. Tatsache sei nun, daß Kollege Kleine das Beste für die Lederath'sche Arbeiter gewollt habe. Von diesem Gedanken würde er sich auch in Zukunft festhalten lassen. Den Namen Ausführungen könne auch von der Gegenseite nichts entgegenhalten werden. Nur erholte er den Plakatstempeln, Gewerkschaftssekretär Scher und Höpke von den sozialdemokratischen Gewerkschaften das Wort. Dieselben wärmten die schon oft überlegten Märchen aus alter Zeit, wie z. B. Zentralorganisation, Streikrecht usw. auf. Es war dem Kollegen Weber in seinem Schlusswort ein leichtes, die Ausführungen der Redner zu widerlegen.

Die Schluss

vest eine Erhöhung der Löhne mit dem November beschlossenen Waren unmöglich sei. Die Arbeitervertreter glaubten mit Nachdruck auf die Tendenz ständig wachsende Lage der Lohnzulage für Dezember nicht Jahren lassen zu dürfen und wollten unter der Bedingung ein, daß die Tarifverhandlungen so umgehend in Angriff genommen würden, daß der Tarif mit dem 1. 1. 1920 in Kraft treten könnte.

Über die Lohnforderung entbrannte ein scharfer Meinungsstreit zwischen den beiden Kontrahenten. Die Arbeitervertreter hatte eine Lohnerhöhung von 5 M. für Metallarbeiter verlangt, dem unternehmerisch ein Angebot von 2,20 M. gegenüber stand. Das endgültige Ergebnis war, daß ab 1. 12. 1919 folgende Lohnzulagen gezahlt werden:

Unter Tage beschäftigte, unter 16 Jahre alte Arbeiter 1,60 M., über 16 Jahre alte Arbeiter 4,40 M.;

Über Tage beschäftigte, unter 16 Jahre alte Arbeiter 1,00 M., von 16-18 Jahre 2,00 M., von 18-20 Jahre 2,65 M., von 20-25 Jahre 3,30 M., über 26 Jahre 4,20 M.

Arbeiterinnen erhalten in allen Klassen die Hälfte der Löhne.

Um jedem Arbeiter über seine Lohnlage einen klaren Überblick zu gestalten, wurde vereinbart, daß auf dem Lohnzettel angegeben werde:

A) Formular Vertrag; B) Der Vertrag für die Lohnlage von Fall;

C) Die jetzige Lohnlage.

Alles in allem genommen darf man sagen, daß die erreichte Lohnzulage eine ganz annehmbare ist. Da neben den Lohnforderungen auch noch Fragen dieser Art tatsächlich geregelt werden sollten, ist zu hoffen, daß auch diese in zufriedenstellender Weise erledigt werden.

Lebensfests muß die Kollegenschaft dafür sorgen, die Geschlossenheit der Organisationen zu wahren. Nur solange die Arbeiterschaft gewerkschaftliche Regsamkeit und Geschlossenheit zeigt, ist die Gewalt gegeben, daß sie nicht nur das Errungene behält, sondern auch noch weiter ausbaute.

Darum, ihr christlichen Metallarbeiter, erfüllt alle in diesem Sinne eure Pflicht.

Diese Lohnzulage macht es den Kollegen auch leicht, die mit dem 1. Januar in allen Verbänden zur Einführung neuer höheren Verbandsbeiträge zahlen zu können.

* *

Langensteinbach. Still und friedlich, wie es dem ganzen Thatsat unserer Gemeinde gestellt, gingen Bauernmann wie Industrie-arbeiterstift bisher ihren täglichen Geschäften nach. Selbst die Revolution hat nicht vermocht, große Umwälzungen in den alten Gelehrten herbeizuführen, sicherlich nicht zum Schaden unserer gesamten Einwohnerschaft. Dem Buge der neuen Gesetzgebung und Wirtschaftsentwicklung folgend, schlossen sich die Arbeiter und Arbeiterschaften der Filiale des Kreis Friedrich Spedel in Pforzheim dem Christlichen Metallarbeiterverband an. In unablässiger, verständiger Arbeit wurde seitdem an der Besserung der Löhne und Arbeitsverhältnisse im Betriebe gearbeitet. Ein Vergleich der Löhne von früher und jetzt beweist die Erfolge, die erzielt wurden. Der einsichtsvollen, zielbewußten Leitung unseres Verbandes ist es hauptsächlich zu danken, daß jenseit einer Verständigung mit der Firma ohne jegliche Verletzung erreicht werden konnte.

Doch war diese Tätigkeit den sozialdemokratischen Weltverbessern im naheliegenden Ettlingen schon längst ein Dorn im Auge. Schon in den ersten Monaten dieses Jahres ging ein Schreiben des Arbeiterrats Ettlingen an einen Vertreutmann dieses Ratsrichtung in Ettlingen, in dem er den Auftzug erhielt, den Vertreutmannen des Christlichen Metallarbeiterverbandes klar zu machen, daß ihr Heil nur in einem Übertritt in die „allgemeinmachende“ sozialdemokratische Organisation zu finden wäre. Selbstverständlich war die Sache so gedacht, daß damit auch die gesamte Arbeiterschaft in die Hände des Arbeiterrats von Ettlingen gespielt würde. Gewollt durch die „Erfolger“, die anderwärts mit den blutroten Ideen erzielt wurden, fanden die Prediger dieser Lehre in Langensteinbach taube Ohren.

Auch rührte die Soche anders angefangen werden. Man handelte sehr jugendliche Arbeiter, die zwar wenig Weltfahrt, aber ein um so ehrigeres Mundwerk hatten. Diese „Kräfte“ suchten nun erst die Vorstandschaft bei den Mitgliedern in Mühlreuth zu bringen. Indem man ihr unterschob, sie half zum Fehlstart. Als dies auch nichts half, weil die Arbeiterschaft in einer Versammlung einstimmig der Verwaltung das Vertrauen aussprach, so versuchte man dasselbe Mordbrand gegen den Verbandsbeamten.

Unter der Hand sollte ein Streik inszeniert werden, ohne den Verband zu benachrichtigen. Man denkt sich, von Leuten, die erst ein halbes Jahr im Verband waren, und dabei waren die Räder im Streit nur einige Monate im Betrieb tätig. Gänzlicherweise konnte dieser Unfall verhindert werden. Nur glaubten die Herren Arbeiterräte in Ettlingen den Zeitpunkt gekommen, um den Hauptkrieg zu führen. In der Festhalle wurde ein großer öffentlicher Versammlungsrat eingeweiht. Ein Herr aus Ettlingen setzte den Anwesenden die Vorteile auseinander, die sie von einem Übertritt in den Deutschen Metallarbeiterverband (soz. Richtung) hätten. Die Lohnzulagen hätten sie viel früher erhalten, die Christlichen sind nicht energisch genug, auch Ankläge in konfessioneller Hinsicht fehlten nicht, um vor dem Zusammenarbeiten mit gläubigen Katholiken gründlich zu machen.

Während diese Helden ihre Arbeit im Provinzialschädel sahen, verbündete der Beamte des Christlichen Metallarbeiterverbandes mit der Firma Spedel in Pforzheim über die Durchführung der neuen Lohnzulagen, die dann auch am Bahnhof daran zur Zuständigkeit der Arbeiterschaft durchgeführt wurden.

Beider hat sich ein Teil der unerfahrenen Arbeiter und Arbeiterschaften verführen lassen, den Gegnern folge zu leisten. Ein Tarif wurde einst nach zwanzigstwöchiger Überprüfung, indem die Einzelheiten und Folgerungen der Mitgliedstaaten eingehen zur Wertesatzabrechnung und derselben dann an die Verwaltung des D. M. B. nach Ettlingen zum Überbrüderen sandten. Schäfer kann doch nicht mehr gehandelt werden.

Arbeiter und Arbeiterschaften von Langensteinbach, inzwischen werden ihre gezeiten haben, wohin es führt, wenn unverständige reibische Leute auf einmal als Glückspropheten auftreten. Begeht auch die Erfolge, die in Süßigkeiten, aber ausdauernder Arbeit erzielt wurden und halten treu zum Christlichen Metallarbeiterverband.

* *

Mörz bei Esslingen (Baden). Am Sonntag, den 30. November fand in Mörsch eine allgemeine christlich-nationale Arbeiter- und Arbeiterschaften-Versammlung statt. Der gute Besuch der Versammlung bewies, daß auf dem Lande geradezu ein Bedürfnis für solche Versammlungen vorhanden ist. Mit größter Spannung und Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den interessanten Ausführungen des Abgeordneten Erting, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung.

Kollege Erting sprach etwa aus: „Unser Wirtschaftsleben liegt schwer daneben. Das Aussehen ist unsere nächste und wichtigste Aufgabe. Die harten Friedensbesitzungen sind ein schweres Hindernis für die Wiedergenossung Deutschlands. Eine internationale Verbündung nach dem Tag: Proletariat aller Länder, vereintigt euch, kann und wird unsres Voge nicht befreien, denn die französischen Sozialisten sind zuerst Franzosen und dann Sozialisten, während dies bei den Deutschen umgekehrt der Fall ist. (Sehr richtig!). Der Redner rief dazu auf, daß man von zwei Seiten versuche, die jetzige Regierung zu stürzen. Kommen andere an die Regierung, so haben wir keine Tore zu schließen mehr, kein Eiter läuft uns, sondern ein anderes, jedenfalls schwärmiges Regiment und das muß verhindert werden. Zur jetzigen Lage der Lohnarbeiter und Leuternahmrechte führte der Redner aus, daß wir bei Lohnzulagen heraustragen müssen, was herauszuholen ist, aber das Wirtschaftsleben darf durch politische Streiks nicht beeinträchtigt werden. Redner betont noch, daß man bei den freien Verbänden da und dort die mehrheitssozialistische Zeitung fortsetzt und an deren Stelle U. S. S. R. Seite gesetzt hat. Nach dem verlorenen Berliner Metallarbeiterstreit, der dem sozialen Metallarbeiterverband viele Millionen kostet, seien Zeugen des Arbeiters wieder aus den Gewerkschaften ausgetreten und zu den Gelben gegangen. (Gut! Gut!).

In Wirtschaftsleben dürfen nicht nur materielle Gütespuren machen sein, sondern auch ethische und spirituelle. Nach einem kurzen Appell an die christlich organisierte Arbeiterschaft von Mörsch und Hochspeyer, zu zäher und keiner Arbeit an der Ausbreitung der christlichen Gewissensfragen mitzuwirken wie bisher, schloß die Versammlung unter brausendem Beifall seine Ausführungen.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen von Mörsch, die die Verhandlung schilderten, die ihnen oft von Frei-organisierten zugetragen wird, unter anderem ein besonderer kaiserlicher Fall, bei dem bei der Reichsneubauverfassung angestragen hat. In der badischen Verfassung ist jedem Bürger und jeder Bürgerin die Wahlkommission frei gestattet, und wenn man von sozialrevolutionärer Seite versucht, um in dieser Freiheit zu bestehen durch Abwöhnung der Broschüre, dann sagen wir, solche Leute gehören an den Pranger. Nachdem noch die Frage bezüglich Unternehmensbestechen beprochen wurde, wurde die sehr anregende und harmonisch verlaufende Verhandlung mit dem Wunsche, daß recht bald wieder eine solche Zusammenkunft stattfinden möge, geschlossen.

Aus der Branchenbewegung

Klemppner und Justolatoren.

Bottrop. Nochmals im vergangenen Jahre überall Tarifverträge abgeschlossen wurden, gingen auch die Elektromotoren, Klemppner und Justolatoren Bottrops dazu über, einen Tarifvertrag mit den Arbeitgebern beziehungsweise mit der Innung der Klemppner und Justolatoren für Bottrop und Osterfeld abzuschließen. Der erste Vertrag wurde nach mechanischer Verhandlung am 1. März abgeschlossen. Der Lohn bewegte sich zwischen 1,10 M. bis 2,00 M. pro Stunde. Den Höchstlohn erhielten aber nur Geissen über 26 Jahre. Im Juni fanden abermals Verhandlungen statt, zwecks Erhöhung der Lohnsätze. Klemppner wurde für die Kollegen eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne um 0,25 M. erzielt. Die Altersgrenze wurde bei diesen Verhandlungen auf 24 Jahre herabgesetzt. Somit erzielten wir die Kollegen von 21 und 25 Jahren eine Lohnzulage von 0,50 M. pro Stunde. Bei diesem Tarifabschluß liegen wir uns von dem Gedanken leiten, daß durch die Bewilligung der 1½ Millionen Mark von der Regierung eine Bewilligung der Lebensmittel einzutreten wolle. Über genau das Gegenteil trat ein. Wir haben uns daher geneigt, im Oktober wieder neue Verhandlungen einzutreten. Die Innung lehnte diesbezüglich zunächst ab, mir der Begründung, daß in nächster Zeit ein Preiskartellvertrag für Klemppner und Justolatoren abgeschlossen werden sollte. Wir gaben uns damit aber nicht zufrieden und verlangten, daß die Lohnfrage vorher geregelt würde. Es kam eine Einigung zu stande. Der Stundenlohn wurde dabei wie folgt festgesetzt:

Im 1. Jahre nach der Lehrzeit 1,50 M. pro Stunde

Im 2. Jahre nach der Lehrzeit 1,70 M. pro Stunde

Im 3. Jahre nach der Lehrzeit 2,00 M. pro Stunde

Vom 21. bis 24. Lebensjahrte 2,50 M. pro Stunde

Über 24 Jahre 2,80 M. pro Stunde

Dann wurde auch die Urlaubsfrage geregelt, und zwar wurde festgelegt:

Nach zweijähriger Beschäftigung 3 Tage, stiegend mit jedem weiteren Jahre der Beschäftigung um einen Tag, bis zur Höchstgrenze von 10 Tagen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Neben diesen Hauptpunkten ist eine Regelung der Arbeitszeit, bessere Bezahlung der Überarbeit, Vergütung für schwierige und gefährliche Arbeiten, ferner die Regelung des Montagewerks vorgenommen worden.

An den Kollegen liegt es jetzt, dafür zu sorgen, daß die noch verbliebenen Gehälter unsern christlichen Metallarbeiterverband zugestellt werden, damit nicht nur Tarife abgeschlossen werden, sondern auch eingehalten und weiter ausgebaut werden können.

*

Uhrmachers und Goldschmiedegehälften.

Eisen. Nach zweimaliger Verhandlung mit der Uhrmachers-Zwangszinnung wurde ein neuer Tarifvertrag für das Uhrmachers- und Goldschmiedegewerke Eisen abgeschlossen.

In der Lohnfrage wurde folgendes festgelegt:

Es erhalten Uhrmachers- und Goldschmiedegehälften für die Arbeitsschule:

Im Klasse A 2,25 M.

Im Klasse B 2,80 M.

Im Klasse C 3,30 M.

Im Klasse D 1,80 M.

Zur Klasse A gehören diejenigen Gehälter, deren Leistungen den Durchschnitt übersteigen.

Zur Klasse B gehören diejenigen Gehälter, deren Leistungen als Durchschnitt angesehen werden.

Zur Klasse C gehören diejenigen Gehälter, deren Leistungen unter dem Durchschnitt bleiben.

Zur Klasse D gehören diejenigen Gehälter, deren Leistungen im ersten Jahre nach Fertigstellung der Uhrmachers-Zwangszinnung den Durchschnitt überschreiten, wenn ihre Leistungen den Ansprüchen der übrigen Klassen noch nicht genügen.

Großuhrmacher erhalten die Löhne der Klasse A und B.

Die Bezahlung erfolgt grundsätzlich nach Stunden, doch kann auf Grund freier Bereitbarungen ein entsprechendes Monatsgehalt gezahlt werden. Der Monat ist hierbei mit 25 Arbeitstagen zu rechnen.

Der bisherige Lohn stand wie folgt:

Klasse A 2,50 M.

Klasse B 2,00 M.

Klasse C 1,75 M.

Klasse D 1,30 M.

Es ist somit eine Erhöhung der Standardlöhne von 50-50 Pf. erfolgt, was eine rationelle Rechneinnahme für die Gehälter von durchschnittlich 130 M. ausmacht.

Außer Regelung der Lohnfrage wurde die Werkzeugfrage neu geregelt, und zwar erhalten die Uhrmachersgehälften die selbst Werkzeug stellen müssen, monatlich 5,00 M., Goldschmiedegehälften monatlich 2,00 M. verfügt.

In der Urlaubsfrage wurde folgendes festgelegt:

Nach halbjähriger Tätigkeit 3 Tage

Nach einjähriger Tätigkeit 6 Tage

Von da ab steigen pro Jahr um 2 Tage bis zur Höchstgrenze von 14 Tagen.

Kriegsgefallen, welche vor ihrer Einberufung bei ihrem jetzigen Arbeitgeber beschäftigt waren, wird für Militärdienst angerechnet. Bei Stellungswechsel — einerlei ob es z. B. zur Kündigung, gleichzeitig von derselben Seite, oder um Entlassung handelt, steht der auf Stand der Beschäftigungsduauer zu gewährende Urlaub unverändert zu.

Außer dem Angeführten erhält der Vertrag noch Bestimmungen über Regelung der Arbeitszeit, Überarbeitsentgelte, Verbot von Nacht-Vertragsarbeiten, Schließung von Betrieben, Durchführung des Vertrages. Bei Vertrag kann mit monetärer Strafbewilligung geurteilt werden.

Die Betriebskollegen haben nun schon zum zweiten Male im Jahre 1919 den Beweis erhalten, daß nur durch eine gut geführte gewerkschaftliche Organisation, wie sie unser Christlicher Metallarbeiterverband darstellt, für die Kollegen etwas erreicht werden kann. Notwendig wird es sein, daß die Kollegen unserer Uhrmachers- und Goldschmiedegehälftenvereinigung mehr wie bisher zusammenhalten, damit auch für die Zukunft ihre Interessen gewahrt werden können. Von allen Dingen ist es notwendig, daß die uns noch verbleibenden Betriebskollegen unserem Christlichen Metallarbeiterverband zugeschlossen werden.

Versammlungs-Kalender

Samstag, den 27. Dezember 1919:

Saarburg, 7 Uhr Jugendversammlung bei Lindermann, Voerdeiner Straße 63.

Dortmund-Lüdinghausen, 6 Uhr bei Richter.

Sonntag, den 28. Dezember 1919:

Dortmund-Lünen, 10 Uhr bei Möller.

Dortmund-Görke, 11 Uhr bei Wrede, Kaiserstraße.

Dortmund-Bövinghausen, 11 Uhr bei Rose.

Dortmund-Derne, 11 Uhr bei Binkhoff.

Dortmund-Walsdorf, 4 Uhr bei Kunsmühle.

Hörde-Schmitz, 11 Uhr Versammlungsmänner-Sitzung bei Rauh.

Duisburg-Brockenbaur, 10,30 Uhr Jahresgeneralversammlung bei Blankenheim, Karlstraße.

Duisburg-Buchholz, 5 Uhr Jahresgeneralversammlung bei Küpper, Düsseldorfer Straße.

Walsumertmark, 8 Uhr bei Süsselbeck.

Freitag, den 2. Januar 1920:

Ziegenberg, 6 Uhr bei Landscheidt.

Briefkasten.

R. Et. Altenberg. Deine uns zugesandten Gedichte lassen auf Talent schließen, immerhin wäre anzuraten, die Form noch etwas zu fester und zu verbessern, damit die Gedanken noch plastischer hervortreten. Eine solche Arbeit bedarf freilich längerer Klärung und Berücksigung und kann nicht von heute auf morgen erfolgen.

G. G. Eisen. Dein Gedicht zeugt von Wärme und Liebezeugungskraft. Leider hindert uns der jede Zeitung bedrückende Papiermangel, dein Gedicht zu veröffentlichen.

Fachlehrbücher 1. Ranges

viele Abteilungen

Der mod. Metallarbeiter M. 6,90. Der Fabrikbetrieb 12,55.